



Bern, 2. August 2010

Aufsichtsanzeige gegen illegale Bauten im Neufeld (Zaffaraya-Gelände)

Sehr geehrter Herr Regierungsstatthalter Lerch

Formelles/Rechtliches:

Mit aufsichtsrechtlicher Anzeige können der zuständigen Stelle Tatsachen angezeigt werden, die ein Einschreiten gegen eine Behörde als erforderlich erscheinen lassen (Art. 101 Abs. 1 VRPG).

Eine aufsichtsrechtliche Untersuchung ist gemäss Art. 88 des Gemeindegesetzes des Kantons Bern vom 16. März 1998 (BSG 170.11) zu eröffnen, wenn a) der Verdacht besteht, dass die ordnungsgemässe Verwaltung durch rechtswidriges Handeln der Gemeindeorgane oder auf andere Weise ernsthaft gestört oder gefährdet wird und b) die Gemeinde die Angelegenheit nicht gemäss Art. 86 selber ordnet. Im nachstehenden Fall sind diese Voraussetzungen klar erfüllt.

Der Bund der Steuerzahler des Kantons Bern als unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Schutzvereinigung der Steuerzahlenden sowie die Vereinigung BernAktiv stellen fest, dass Dutzende von Wohnwagen und weitere Bauten auf einem eingezäunten Gelände bei der Autobahnausfahrt Neufeld installiert wurden. Die Frist von 3 Monaten für Fahrnisbauten ist klar abgelaufen. Fahrnisbauten über 3 Monate sind klar illegal und müssen entfernt werden. Das Bauinspektorat hat auf einen entsprechenden Hinweis, wonach das geltende Baurecht durch- und umzusetzen sei, nicht reagiert und der Gemeinderat der Stadt Bern hat sich mehrfach öffentlich dahingehend geäussert, dass er den rechtswidrigen Zustand tolerieren will.

Sachverhalt:

Die sogenannte Siedlung Zaffaraya befindet sich auf Nationalstrassenterrain, in der Verkehrsfläche, inmitten des rollenden Verkehrs und gefährdet damit die Sicherheit. Die Erschliessung (Abwasser usw.) ist absolut ungenügend und dem Umweltschutz wird folglich in keiner Art und Weise Rechnung getragen.

Nachdem es sich um einen neuen Standort handelt kann klar nicht von einem Besitzstand ausgegangen werden. Das Bauvorhaben wurde ohne Baubewilligung ausgeführt, es liegt keine rechtskräftige Umzonung vor, es wurde keine Baubewilligung erteilt und hätte angesichts der Zone auch nicht erteilt werden dürfen.

Die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes ist daher zwingend erforderlich. Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung ist die Einhaltung des geltenden Rechts vorrangig. Es gilt zudem, die präjudizielle Wirkung von nachträglichen Bewilligungsentscheiden, das Prinzip der



Rechtsgleichheit und den Grundsatz der Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet zu berücksichtigen. Es besteht – nicht zuletzt aufgrund einer klaren Ablehnung einer Hüttendorfzone durch das Volk – keinerlei öffentliches Interesse an einer zonenwidrigen Nutzung.

Antrag:

Der Bund der Steuerzahler des Kantons Bern und die Vereinigung BernAktiv leiten daher eine Aufsichtsanzeige ein, erwarten eine Wiederherstellungsverfügung und eine Durchsetzung des geltenden Baurechtes sowie in der Folge eine Entfernung der sich auf dem eingezäunten Gelände bei der Autobahnausfahrt Neufeld befindlichen Bauten und Anlagen.

In diesem Sinne danken wir ihnen für Ihr diesbezügliches Engagement.